



NEWSLETTER

KOGRUPPE ISRAEL UND
BESETZTES PALÄSTINENSISCHES
GEBIET/PALÄSTINA (2415)



© Khames Alrefi/Anadolu via Getty Images

Liebe Abonnent:innen,

wir hoffen, ihr hattet einen guten Start ins neue Jahr. Wir sind schon mittendrin in der Arbeit und freuen uns riesig, euch den Newsletter ab jetzt in einem neuen Gewand zu präsentieren.

Gaza

Seit Mitte Oktober 2025 gilt ein Waffenstillstand zwischen Hamas und Israel. Trotzdem gibt es immer wieder Angriffe des israelischen Militärs, bei denen seither über 500 Menschen getötet wurden, darunter viele Zivilisten einschließlich Kinder. Das angekündigte Betätigungsverbot für 37 internationale Hilfsorganisationen durch Israel verschärft die humanitäre Lage. Der Grenzübergang in Rafah wurde zwar geöffnet, doch bisher können nur wenigen Menschen zurück in den Gazastreifen oder diesen für eine medizinische Behandlung verlassen.

Westbank

Die Lage im Westjordanland ist weiterhin sehr angespannt. Die Siedlergewalt nimmt zu. Selbst israelische Sicherheitskräfte sprechen von durchschnittlich vier nationalistisch motivierten Straftaten gegen Palästinenser*innen täglich. Zuletzt am 18. Februar wurde ein 19-jähriger Palä-

stinenser von israelischen Siedlern erschossen. Zudem treiben israelische Regierungsmitglieder die Pläne für eine Annexion weiter voran. Der israelische zivile Zuständigkeitsbereich soll auf Area B und A ausgeweitet werden. Dies würde die Oslo-Verträge außer Kraft setzen.

Ost-Jerusalem

Im Stadtteil Silwan sind palästinensische Familien von bevorstehenden Hauszerstörungen betroffen. In der Nachbarschaft al-Bustan wurden bisher 35 Häuser abgerissen. Für 17 weitere wurde ein Abriss angeordnet.

Wir wünschen euch dennoch eine informative Lektüre und viel Erfolg bei eurem weiteren Einsatz für die Menschenrechte!

Feedback zum Newsletter

Wie hat euch diese Ausgabe gefallen? Hinterlasst hier anonymes Feedback:



Scannen und Feedback geben!

Was findet ihr im Newsletter:

Lebenssituation
in Gaza

Deutsche Reederei
liefert Rüstungsgüter

Militärdienst-
verweigerer frei

Amnestys
Forderungen in
Davos und München

Todesstrafe für
Palästinenser*innen

Eklat um Francesca
Albanese

Annexionspläne im
Westjordanland

Berichte anderer
Organisationen

**AMNESTY
INTERNATIONAL**





„Völlig vermeidbare“ Flutkatastrophe im Gazastreifen muss weltweite Maßnahmen zur Beendigung des Völkermords durch Israel mobilisieren.

17. Dezember 2025: Die Verwüstungen durch sintflutartige Regenfälle im besetzten Gazastreifen, die kürzlich zur Überflutung Tausender Zelte und Notunterkünfte sowie zum Einsturz von Gebäuden führten, wurden durch die anhaltenden Beschränkungen Israels für die Einfuhr wichtiger Güter zur Reparatur lebenswichtiger Infrastruktur noch verschlimmert, erklärte Amnesty International heute.

„Die Verwüstungen und Todesfälle, die der Sturm in Gaza verursacht hat, sind ein weiterer Weckruf für die internationale Gemeinschaft, bezahlt mit dem Leben

von Menschen, die zwei Jahre lang den anhaltenden Völkermord Israels überlebt hatten. Regierungen weltweit müssen Gaza dringend in die Lage versetzen, sich auf die strengen Winterbedingungen vorzubereiten, indem sie Israel dazu drängen, die Blockade des Gazastreifens zu beenden und alle Beschränkungen für die Einfuhr lebensrettender Hilfsgüter, darunter Materialien für Unterkünfte, nahrhafte Lebensmittel und medizinische Hilfe, aufzuheben“, sagte Erika Guevara Rosas, Amnesty International’s Senior Director for Research, Advocacy, Policy and Campaigns. ([LINK](#))



Deutsche Reederei Gerdes muss Rüstungslieferungen an Israel stoppen

5. Dezember 2025: Amnesty-Protest in Berlin. Das Frachtschiff Holger G der deutschen Reederei Gerdes transportiert derzeit Rüstungsgüter nach Israel. Mit der Lieferung nach Israel verstößt Gerdes gegen ihre menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten nach den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte. Amnesty International fordert die Reederei Gerdes dazu auf, jede Beteiligung am Transport von Rüstungsgütern nach Israel einzustellen. ([LINK](#))



Militärdienstverweigerer ist frei

Am 6. Januar wurde Yuval Peleg aus einem Militärgefängnis freigelassen und vom Militärdienst freigestellt. Der 18-Jährige verbüßte eine Haftstrafe von insgesamt 130 Tagen, weil er sich geweigert hatte, den Militärdienst anzutreten. Yuval Peleg begründet seine Verweigerung mit der Beteiligung des israelischen Militärs am Völkermord im Gazastreifen und der rechtswidrigen Besatzung des Besetzten Palästinensischen Gebiets. ([LINK](#))

Vielen Dank allen, die sich an dieser Urgent Action beteiligt haben!



Davos: Ein sinnvoller Dialog erfordert eine gemeinsame Haltung gegen militärische, wirtschaftliche und diplomatische Schikanen.

15. Januar 2026: Im ersten Jahr seiner zweiten Amtszeit hat Präsident Trump die Vereinigten Staaten aus multilateralen Gremien zurückgezogen, andere Staaten schikaniert und die Grundsätze und Institutionen, die das internationale Rechtssystem stützen, unerbittlich angegriffen. Gleichzeitig haben Länder wie Russland und Israel weiterhin die Genfer Konventionen und die Völkermordkonventionen missachtet, ohne dafür ernsthaft zur Rechenschaft gezogen zu werden. ([LINK](#))



Ausweitung der Todesstrafe wäre massiver Verstoß gegen Völkerrecht

4. Februar 2026: Bereits heute gibt es die Todesstrafe in Israel, sie findet allerdings keine Anwendung. Würden die Gesetze zur Ausweitung verabschiedet, würde sich dies radikal ändern: Die vorsätzliche Tötung einer Person mit dem Ziel, israelischen Staatsbürger*innen zu schaden, könnte künftig mit Todesstrafe bestraft werden. Die aktuellen Gesetzentwürfe sind so formuliert, dass sie de facto nur gegen Palästinenser*innen angewandt werden würden. Die diskriminierende Anwendung der Todesstrafe stellt eine Verletzung des Rechts auf Leben dar. Deutschland muss jetzt entschieden und effektiv Druck ausüben, um die Ausweitung der Todesstrafe durch Israel zu verhindern. ([LINK](#))



©Amnesty International

Kaum Essen, Medikamente und Schutz: Studie von HelpAge International und Amnesty International deckt Leid älterer Menschen im Gazastreifen auf

5. Februar 2026: In einer von HelpAge International durchgeführten Gesundheitsumfrage gaben ältere Menschen an, dass sie aufgrund der Lebensmittelknappheit Mahlzeiten auslassen müssen, auch um sicherzustellen, dass andere Familienmitglieder etwas zu essen haben, während andere sagten, dass sie Medikamente für schwere Krankheiten rationieren müssen, weil sie nicht zugänglich sind.

Die über 60-Jährigen machen etwa 5 % der Bevölkerung des Gazastreifens aus. Nach Angaben des palästinensischen Gesundheitsministeriums wurden seit Oktober 2023 bis Anfang Dezember 2025 insgesamt 4.813 ältere Menschen im Gazastreifen getötet, wobei

in dieser Zahl die indirekten Todesfälle, z. B. durch zerstörte Gesundheitsinfrastruktur, nicht enthalten sind. Laut einem Bericht der UNWRA verlieren viele ältere Menschen aufgrund der Kampfhandlungen oder im Zuge der Vertreibung die Verbindung zu den Personen, die sie betreut hatten. Amnesty International hat dokumentiert, wie ältere Menschen in bewaffneten Konflikten einem erhöhten Risiko ausgesetzt sind und ihre humanitären Bedürfnisse systematisch ignoriert werden. ([LINK](#))

Der vollständige HelpAge-Bericht: [Pushed Beyond Their Limits: The survival of older people in Gaza today](#)



© Chedly Ben Ibrahim/NurPhoto via Getty Images

Europäische Staaten müssen ihre empörenden Angriffe auf die UN-Sonderberichterstatterin Francesca Albanese zurückziehen

13. Februar 2026: Als Reaktion auf Forderungen von Ministern und Beamten in Frankreich und Tschechien, Francesca Albanese, die UN-Sonderberichterstatterin für die Menschenrechtslage in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten, solle zurücktreten, erklärte die Generalsekretärin von Amnesty International, Agnès Callamard: „Es ist verwerflich, dass Minister in Österreich, Tschechien, Frankreich, Deutschland und Italien die UN-Sonderberichterstatterin für die besetzten palästinensischen Gebiete, Francesca Albanese, auf der Grundlage eines absichtlich gekürzten Videos angegriffen haben, um ihre Aussagen falsch darzustellen und grob zu verdrehen – wie aus ihrer ursprünglichen Rede in voller Länge klar hervorgeht.“

Am 7. Februar sprach Francesca Albanese für die Menschenrechtslage in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten, auf einem von Al Jazeera organisierten Forum in Doha. Sie sagte: „Die Tatsache, dass die meisten Länder der Welt Israel nicht gestoppt haben, sondern es bewaffnet, ihm politische Ausreden geliefert, politischen Schutz gewährt und wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung gegeben haben [...] Wir, die wir keine großen Mengen an Finanzkapital, Algorithmen und Waffen kontrollieren, sehen jetzt, dass wir als Menschheit einen gemeinsamen Feind haben und dass Freiheiten, die Achtung der Grundfreiheiten, der letzte friedliche Weg, das letzte friedliche Instrument sind, das uns zur Verfügung steht, um unsere Freiheit zurückzugewinnen.“

Diese Äußerungen wurden falsch interpretiert und so verstanden, als würde Israel als „gemeinsamer Feind“ bezeichnet. Albanese wies diese Vorwürfe zurück und stellte in den sozialen Medien klar, dass „der gemeinsame Feind der Menschheit das System ist, das den Völkermord in Palästina ermöglicht hat, einschließlich des Finanzkapitals, das ihn finanziert, der Algorithmen, die ihn verschleiern, und der Waffen, die ihn ermöglichen.“ ([LINK](#))

Münchener Sicherheitskonferenz: Ohne Menschenrechte keine Sicherheit

11. Februar 2026: Amnesty International fordert im Vorfeld der Münchener Sicherheitskonferenz von der deutschen Bundesregierung eine deutliche Kurskorrektur, um die Menschenrechte weltweit zu verteidigen. Die Bundesregierung darf Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen: Auch bei vermeintlichen Partnern muss sie Menschenrechtsverletzungen deutlich kritisieren.

([LINK](#))



© IMAGO / Mike Schmidt

Übergabe von 14.000 Unterschriften - Free Dr. Hussam Abu Safiya and all arrested Health Workers!

18. Februar 2026: Katja Müller-Fahlbusch (Amnesty International), Dr. Khaled Hamad (Palästinensische Gemeinde Deutschland), Basem Said und Dr. Uwe Trieschmann (IPPNW) übergaben 14.000 Unterschriften für die Freilassung von Dr. Hussam Abu Safiya an das Auswärtige Amt.

Bei der Kundgebung vor dem Auswärtigen Amt berichtete Dr. Uwe Trieschmann über den lebensbedrohlichen Zustand, in dem sich Abu Safiya nach wiederholter Folter befindet. „Die Verhaftung von Dr. Hussam Abu Safiya und anderen Gesundheitsmitarbeiter*innen ist Teil der Angriffe auf das gesamte Gesundheitssystem in Gaza.“ ([LINK](#))





© AFP via Getty Images

Beispiellose Eskalation: Israel beschleunigt rechtswidrige Annexion im Westjordanland

27. Februar 2026: Seit Dezember 2025 treiben die israelischen Behörden die rechtswidrige Enteignung von Palästinenser*innen im illegal besetzten Westjordanland verstärkt voran. Ziel dieser Maßnahmen ist es, die Annexion des Gebiets unumkehrbar zu machen. Dies stellt eine neue Eskalationsstufe in Israels Siedlungs- und Annexionspolitik dar und ist ein weiterer Schlag gegen die Menschenrechte der Palästinenser*innen im Westjordanland.

Weltweiter Protest, hunderte UN-Resolutionen und Gutachten des Internationalen Gerichtshofs haben nichts daran geändert: Die israelische Regierung hält weiter an ihrer illegalen Siedlungs- und Besatzungspolitik im Westjordanland fest, obwohl diese gegen das Völkerrecht verstoßen.

Mehr noch: Seit Dezember 2025 haben Umfang und Geschwindigkeit des Ausbaus illegaler Siedlungen nochmals deutlich zugenommen. ([LINK](#))



© APA-Images / AFP / ZAIN JAAFAR

Weltweite Straflosigkeit begünstigt Israels unrechtmäßige Annexionspolitik im Westjordanland

26. Februar 2026: "Seit Dezember 2025 treibt die israelische Regierung im besetzten Westjordanland – einschliesslich Ost-Jerusalem – eine Reihe rechtswidriger Maßnahmen voran. Diese zielen darauf ab, Palästinenser*innen zu verdrängen und die faktische Annexion größerer Gebiete unumkehrbar zu machen. Amnesty International warnt, dass diese Schritte eine neue Eskalationsstufe in Israels Siedlungs- und Annexionspolitik bedeuten und die ohnehin prekäre Menschenrechtsslage weiter verschärfen. ([LINK](#))

**KOORDINATIONSGRUPPE ISRAEL UND BESETZTES
PALÄSTINENSISCHES GEBIET/PALÄSTINA (2415)**

Angebote der Kogruppe

Wir bieten jeden zweiten Dienstag im Monat eine Sprechstunde zum Thema Israel-Palästina an. Wer Beratungsbedarf zum Thema, Fragen oder Unsicherheiten bei bevorstehenden Veranstaltungen hat oder eine eigene Aktion planen möchte, kann gerne an der Sprechstunde teilnehmen. Die Sprechstunden finden monatlich jeden 2. Dienstag von 19:30-20:30 Uhr statt. Nächste Termine: 10.03., 14.04., 12.05., 09.06. Eine vorherige Anmeldung ist nicht notwendig.

Einwahldaten:

meeting.amnesty.de/rooms/cia-vvt-1pc-kfi/join, Zugangscode: 759440

Wir veranstalten auch gerne Workshops oder halten Vorträge zu Themen aus unserem Arbeitsbereich. Sprecht uns gerne an!

Ausgewählte Berichte anderer Organisationen



B'Tselem: Living Hell - The Israeli Prison System as a Network of Torture Camps

Januar 2026: "Living Hell" follows on B'Tselem's August 2024 report "Welcome to Hell." Building on the extensive research and analysis carried out for the previous report, it provides updated figures and new testimonies. The updated information indicates that Israeli prisons continue to function as a network of torture camps for Palestinians, with the systematic abuse even more extensive than before. ([LINK](#))



Quelle: <https://www.instagram.com/p/DTseB5QDF4W/>

BIP: Das Schulsystem in Gaza

2. Februar 2026: UNICEF berichtet über den desolaten Zustand des Bildungssystems in Gaza nach zwei Jahren Krieg. Die Organisation steht vor Herausforderungen wie zerstörten Gebäuden, unpassierbaren Straßen und Standorten, an denen nicht explodierte Bomben geräumt werden müssen. Israel hält Schulmaterialien an der Grenze fest. Trotz anhaltender Verstöße Israels gegen den Waffenstillstand unterrichten die Palästinenser in provisorischen Klassenzimmern. ([LINK](#))

Ärzte ohne Grenzen: Gaza/ Westjordanland - Erklärung zur Weitergabe von Mitarbeitendendaten

30. Januar 2026: Nach monatelangen erfolglosen Versuchen, mit den israelischen Behörden in einen Dialog zu treten, um die Sicherheit unserer Mitarbeitenden im Gazastreifen und im Westjordanland sowie die Unabhängigkeit unserer humanitären Arbeit in den besetzten palästinensischen Gebieten zu gewährleisten, hat Ärzte ohne Grenzen entschieden, keine Liste seiner palästinensischen und internationalen Mitarbeitenden an die israelischen Behörden weiterzugeben. ([LINK](#))



© Juan Carlo Ruff, Philippine Information Agency

BIP: Die Meinungsfreiheit in Deutschland wird unzulässig eingeschränkt

16. Februar 2026: Die Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen für Meinungsfreiheit, Irene Khan, besuchte Anfang 2026 Deutschland und berichtete jetzt über Verletzungen der Meinungsfreiheit palästinensischer Solidaritätsorganisationen in Deutschland, über die Kriminalisierung der BDS-Bewegung und die Nutzung der IHRA-Antisemitismus-Definition als Mittel, um kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen. Deutschland wurde bereits 2022 von Human Rights Watch wegen der Einschränkung der Meinungsfreiheit scharf kritisiert. ([LINK](#))



© Picture Alliance / Anadolu / Anas Zeyad Fteha

Reporter ohne Grenzen: Extreme Erschöpfung, ständige Gefahr - Wie es ist, als Journalist*in in Gaza zu arbeiten

5. Februar 2026: Trotz der teilweisen Öffnung des Grenzübergangs Rafah zwischen dem Gazastreifen und Ägypten am 1. Februar leben Journalist*innen in Gaza weiterhin in permanenter Gefahr. Denn unter der israelischen Blockade werden ihnen Ressourcen, Bewegungsfreiheit und eine funktionierende Infrastruktur vorenthalten. Reporter ohne Grenzen (RSF) fordert die israelische Regierung auf, die Blockade unverzüglich aufzuheben und erklärt am Beispiel von Reporter*innen vor Ort, mit welchen Widrigkeiten ihr Arbeitsalltag verbunden ist.

„Seit fast vier Monaten gilt eine brüchige Waffenruhe, doch die Bedingungen für Journalist*innen in Gaza bleiben extrem. Sie sind noch immer akut in Gefahr, kämpfen mit zerstörter Infrastruktur und fehlenden Ressourcen“, sagt RSF-Nahostreferent Christopher Resch.

Perspektiven auf den Alltag von Journalist*innen in Gaza ([LINK](#)).